

Beschlussprotokoll

zur 1. SDMV-Abstimmung

am 21.04.2013

Beschlussprotokoll zur 1. SDMV-Abstimmung am 21.04.2013 gemäß Punkt 2.3 Absatz 1 der Geschäftsordnung.

Sebastian Degenhardt (sebastian.degenhardt@piraten-rlp.de)

Bodenheim, 16.06.2013

Inhaltsverzeichnis

Wahlprogrammanträge.....	5
2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher.....	5
2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung.....	6
2012.1/P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen.....	7
2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer.....	8
2012.2/031 Sondermülldeponie.....	9
2013.2/001 Erforschung und Einsatz von Drohnen.....	10
2013.2/002 Energiepolitik-Kapitel aufräumen.....	11
2013.2/003 Trennung von Staat und Religion.....	12
2013.2/004 Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften.....	13
2013.2/005 Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht.....	14
2013.2/006 Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen.....	15
2013.2/007 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A).....	16
2013.2/008 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B).....	17
2013.2/009 Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr.....	18
2013.2/010 Wissenschaftlich fundierte Kriminalprävention.....	19
2013.2/011 Sicherheitsbewusstsein stärken.....	20
2013.2/012 5-Prozent-Hürde halbieren.....	21
2013.2/013 Briefwahl auf ein notwendiges Minimum reduzieren.....	22
Sonstige Anträge.....	23
2013.2/014 Bugfix für SDMV-Geschäftsordnung.....	23
Anhang.....	24
Abstimmungsbeteiligung.....	24

Wahlprogrammanträge

2012.1/P18 Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher

Wortlaut

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Die Rheinland-Pfälzer PIRATEN setzen sich für den Erhalt der Gewerbesteuer ein. Diese Steuer ist das einzige kommunale Instrument, welches in direkter Bürgernähe selbstständig von den Kommunen zur Steuerung lokaler Interessen der Bürger eingesetzt werden kann.

Die Wechselwirkungsmöglichkeiten zwischen kommunalem Gewerbesteuersatz, Bürgerinteressen vor Ort und der freien Entscheidungsmöglichkeit von Firmen zur Standortwahl erweisen sich als guter Ansatz des demokratischen Gedankens.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	4	4	2
Koblenz	3	7	0
Ludwigshafen	2	2	2
Mainz	2	3	1
Neustadt/Mittelhaardt	6	3	1
Neuwied	-	-	-
Trier	4	2	2
Worms	2	2	2
Gesamt	23	23	10

2012.1/P20 Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung

Wortlaut

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer soll künftig für alle Unternehmen mit Sitz in RLP zu 100% immer dort anfallen, wo der "Mehrwert" erschaffen wird und nicht mehr dort, wo der Stammsitz des Mutterkonzerns gemeldet ist.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	3	6	1
Koblenz	3	7	0
Ludwigshafen	3	2	1
Mainz	2	2	2
Neustadt/Mittelhaardt	5	4	1
Neuwied	-	-	-
Trier	4	3	1
Worms	4	1	1
Gesamt	24	25	7

2012.1/P25 Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen

Wortlaut

Es wird beantragt, den Punkt "3.3.2.1 Zugangerschwerungsgesetz aufheben!" ersatzlos aus dem Wahlprogramm zu löschen und die Numerierung entsprechend anzupassen. Der Passus lautet: "Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des Zugangerschwerungsgesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben."

RP: Wahlprogramm#Zugangerschwerungsgesetz_aufheben.21

Abstimmungsergebnis: **angenommen**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	0	1
Koblenz	9	1	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	5	1	0
Neustadt/Mittelhaardt	9	0	1
Neuwied	-	-	-
Trier	7	1	0
Worms	6	0	0
Gesamt	50	3	3

2012.1/P27 Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Wortlaut

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm im Kapitel "Wirtschaft" nach dem Unterpunkt "Privatisierungen" als weiteren Unterpunkt folgendes einzufügen:

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer soll nicht mehr von jeder Gemeinde eigenständig festgelegt, sondern auf Bundesebene bedarfsgerecht vereinheitlicht werden.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	3	5	2
Koblenz	1	9	0
Ludwigshafen	2	3	1
Mainz	1	5	0
Neustadt/Mittelhaardt	3	6	1
Neuwied	-	-	-
Trier	0	6	2
Worms	1	4	1
Gesamt	11	38	7

2012.2/031 Sondermülldeponie

Wortlaut

Der Landesparteitag möge für das Wahlprogramm, Abschnitt Umwelt- und Energiepolitik folgenden Text beschließen:

Sondermülldeponien in Rheinland-Pfalz: Sanieren durch Rückbau statt Abkapseln durch Abdichten

Für alle oberirdischen Sondermülldeponien soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Dazu fordern wir komplette Transparenz und Information über die eingelagerten Stoffe, so auch die Veröffentlichung aller Meßergebnisse. Falls keine Informationen vorliegen, müssen durch unabhängige Gutachter entsprechende Untersuchungen und Messungen durchgeführt werden. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	6	2	2
Koblenz	3	7	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	5	0	1
Neustadt/Mittelhaardt	7	2	1
Neuwied	-	-	-
Trier	4	3	1
Worms	5	1	0
Gesamt	35	15	6

2013.2/001 Erforschung und Einsatz von Drohnen

Wortlaut

Im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" des Wahlprogramms wird hinter dem Punkt "Versammlungsfreiheit" ein neuer Punkt

"Erforschung und Einsatz von Drohnen

Wir sehen die Erforschung und den Einsatz von Drohnen – in der Fachsprache oft UAS (Unmanned Aircraft System), UAV (Unmanned Aerial Vehicle) oder RPAS (Remotely Piloted Aircraft System) genannt – durch staatliche und private Organisationen sehr kritisch. Der Einsatz von Drohnen ermöglicht nicht nur eine rapide Ausweitung von verdachtsunabhängiger Datensammlung und Überwachung, sondern er führt durch die Kombination von Automatisierung und Bewaffnung zu erheblichen Gefahren für alle Menschen, die sich im Einsatzbereich von Drohnen aufhalten. Drohneneinsätze erzeugen ein Klima der Angst, das einer freiheitlichen Gesellschaft nicht angemessen ist.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz lehnt deshalb innen-, rechts-, forschungs- und rüstungspolitische Maßnahmen zur Förderung des Drohneneinsatzes ab, sofern nicht sichergestellt werden kann, dass die unbemannten Flugsysteme nicht gegen Menschen eingesetzt werden und die Grundrechte nicht einschränken. Dies ist beispielsweise denkbar im Bereich Katastrophenhilfe, Vermisstensuche und Umweltforschung. Militär, Polizei und andere Sicherheitsbehörden sollen keine Drohnen einsetzen. Den Einsatz und die Erforschung bewaffneter Drohnen lehnen wir kategorisch ab."

eingefügt.

Abstimmungsergebnis: **angenommen**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	4	6	0
Koblenz	6	4	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	7	2	1
Neuwied	-	-	-
Trier	2	6	0
Worms	2	4	0
Gesamt	32	22	2

2013.2/002 Energiepolitik-Kapitel aufräumen

Wortlaut

Das Kapitel 18 "Energiepolitik" des Wahlprogramms wird in "Umwelt- und Energiepolitik" umbenannt.

Der Punkt 18.7 "Nutzung von öffentlichen Gebäuden für regenerative Energie" wird zwischen 18.2.4 "Energieplanung und Risikobewertung" und 18.2.5 "Netzneutralität bei Energienetzen" auf der dritten Hierarchieebene eingefügt.

Die verbleibenden Punkte 18.4 "Einsatz erneuerbarer Energien statt fossiler Brennstoffe" bis 18.9 "Transparenz in der Energiepolitik - Verträge öffentlich machen!" werden gestrichen.

Die Punkte 18.3.1 "Verbraucherinformation verbessern" bis 18.3.5 "Ausbau des Landesumweltinformationsgesetzes" werden in das Kapitel 17 "Verbraucherschutz" verschoben und ersetzen dabei die Punkte 17.1 "Verbraucherinformationsgesetz" bis 17.4 "Verbraucherinformation vor Ort durch Smiley-System".

Die somit alleine stehende Überschrift 18.3 "Verbraucherschutz und Umweltinformationsrechte" wird gestrichen.

Punkt 18.2.11 "Natur- und Landschaftsschutz" wird eine Hierarchieebene höher angesiedelt (als Punkt 18.3) und die Punkte 18.2.12 "Landesplanung" bis 18.2.20 "Lichtverschmutzung" als entsprechende Unterpunkte 18.3.X geführt.

18.10 "Fracking" wird ebenfalls zu einem Unterpunkt von 18.3.

Anmerkung: Sämtliche Gliederungsnummern dienen nur der besseren Nachvollziehbarkeit der Änderungen. Im Wahlprogramm selbst sind weder Gliederungsnummern vorhanden, noch sollen sie eingefügt werden.

Abstimmungsergebnis: **angenommen**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	10	0	0
Koblenz	10	0	0
Ludwigshafen	4	0	2
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	7	1	2
Neuwied	-	-	-
Trier	5	0	3
Worms	6	0	0
Gesamt	48	1	7

2013.2/003 Trennung von Staat und Religion

Wortlaut

Die Abschnitte "Kein Religionsbezug in der Landesverfassung" (im Kapitel "Modernisierung der Demokratie"), "Staatsleistungen an Kirchen beenden" (im Kapitel "Landesfinanzen) und "Abschaffung des Tanzverbots" (im Kapitel Kultur) werden aus dem Wahlprogramm gestrichen.

Statt dessen wird das folgende Kapitel hinter das Kapitel "Modernisierung der Demokratie" eingefügt.

Trennung von Staat und Religion

Kein Religionsbezug in der Landesverfassung

Ein weltlicher und demokratischer Staat steht für die Achtung von Menschen unabhängig ihrer religiösen Ansichten. Statt spezifischem Religionsbezug fordern wir ein Bekenntnis zu allgemein gültigen Werten, auf denen die Gesellschaft aufbaut. Deutschland garantiert als weltlicher Staat Religionsfreiheit. Religiöse und religionsfreie Weltanschauungen sind Privatsache und die Freiheit der Wahl sowie Gleichbehandlung ist durch eine Verfassung ohne Bezüge zu einem Gott oder einer bestimmten Religion zu garantieren.

Staatsleistungen an Kirchen beenden

Die Länder zahlen jährlich ca. 400-500 Millionen Euro an die Kirchen. In Rheinland-Pfalz wurden dafür im Landeshaushalt 2013 etwa 53 Millionen Euro veranschlagt. Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz müssen darüber hinaus aufgrund jahrhundertealter Verträge eigene Zahlungen an Kirchengemeinden leisten. Wir möchten diese Zahlungsverpflichtungen von Land und Kommunen gesetzlich beenden.

Abschaffung des Versammlungs-, Sport- und Tanzverbots

Im „Landesgesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage“ ist das Verbot verschiedener Veranstaltungen geregelt. Wir wollen die Paragraphen 6, 7 und 8 streichen (Verbot von Versammlungen und Veranstaltungen, Verbot von Sportveranstaltungen, Verbot von Tanzveranstaltungen). Der Staat soll hier nicht in die Freiheit des Einzelnen eingreifen.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	10	0	0
Koblenz	9	1	0
Ludwigshafen	4	1	1
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	10	0	0
Neuwied	-	-	-
Trier	7	1	0
Worms	5	1	0
Gesamt	51	4	1

2013.2/004 Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften

Wortlaut

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften

Die Verwaltung religiöser Institutionen ist vollständig in deren eigene Hände zu legen. Staatliche Stellen dürfen infolge dessen nicht mehr für Austritte aus Religionsgemeinschaften zuständig sein. Damit verbundene Bearbeitungsgebühren entfallen.

Die staatlichen Finanzbehörden sollen nicht länger Kirchensteuern einziehen und verwalten. Kirchen und Religionsgemeinschaften können sich in eigener Verantwortung über Mitgliedsbeiträge finanzieren."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	0	1
Koblenz	9	1	0
Ludwigshafen	4	0	2
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	10	0	0
Neuwied	-	-	-
Trier	5	3	0
Worms	5	1	0
Gesamt	48	5	3

2013.2/005 Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht

Wortlaut

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Keine Sonderregelungen für Religionsgemeinschaften im Arbeitsrecht

Beschäftigte bei Religionsgemeinschaften müssen als Arbeitnehmer die gleichen Rechte haben wie Beschäftigte in nichtreligiösen Unternehmen bzw. Organisationen. Auch bis zur vollständigen Entflechtung von Kirche und Staat darf es nicht hingenommen werden, dass in Organisationen, die öffentliche Gelder erhalten, Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer persönlichen Meinung oder ihrem privaten Lebenswandel benachteiligt werden."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	0	1
Koblenz	9	1	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	5	1	0
Neustadt/Mittelhaardt	10	0	0
Neuwied	-	-	-
Trier	7	0	1
Worms	6	0	0
Gesamt	51	2	3

2013.2/006 Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen

Wortlaut

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Keine religiösen Symbole in staatlichen Institutionen

Alle religiösen Symbole werden aus staatlichen Institutionen entfernt. Architektur und Gestaltung eines Gebäudes lassen auf den Charakter der Verwendung dieses Gebäudes schließen. Aufgrund des Anspruchs weltanschaulicher Neutralität unserer staatlichen Institutionen haben religiöse Symbole jeder Art in diesen Institutionen keinen Platz. Davon unberührt bleiben religiöse Symbole, die Angestellte z. B. als Kleidung oder Schmuck tragen (Kreuze als Anhänger, Kopftuch). Eigene Überzeugungen auf diese Art zum Ausdruck zu bringen liegt in der freien Entscheidung jedes einzelnen Menschen."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion".

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	10	0	0
Koblenz	8	2	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	6	4	0
Neuwied	-	-	-
Trier	7	1	0
Worms	3	3	0
Gesamt	45	10	1

2013.2/007 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A)

Wortlaut

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage

In Rheinland-Pfalz leben viele Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zusammen. Die Meinungen darüber, welche Tage des Jahres einen besonderen Stellenwert haben, gehen mitunter weit auseinander.

Deswegen setzen wir uns für die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage ein. Stattdessen bekommt jeder Arbeitnehmer 12 zusätzliche Urlaubstage, die er frei auf das Jahr verteilen kann und die im Arbeitsvertrag festgeschrieben werden. Im Gegensatz zu den übrigen Urlaubstagen müssen diese nicht eingereicht und vom Arbeitgeber genehmigt werden.

Für Personen, die in Notfall- und Pflegeberufen tätig sind (Feuerwehrleute, Rettungsdienst, Polizei, Ärzte, Kranken- und Altenpflege etc.), sind Ausnahmeregelungen notwendig, die eine Absicherung des Personalbedarfs gewährleisten."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion" und konkurriert mit "Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B)".

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	4	6	0
Koblenz	1	9	0
Ludwigshafen	2	2	2
Mainz	3	3	0
Neustadt/Mittelhaardt	1	9	0
Neuwied	-	-	-
Trier	2	5	1
Worms	2	3	1
Gesamt	15	37	4

2013.2/008 Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (B)

Wortlaut

Dem Kapitel "Trennung von Staat und Religion" im Wahlprogramm wird hinzugefügt:

"Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage

In Rheinland-Pfalz leben viele Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen zusammen. Die Meinungen darüber, welche Tage des Jahres einen besonderen Stellenwert haben, gehen mitunter weit auseinander.

Deswegen setzen wir uns für die Aufhebung der gesetzlichen Feiertage ein. Auch Sonntage sollen nicht mehr als Feiertage zählen. Stattdessen bekommt jeder Arbeitnehmer 64 zusätzliche Urlaubstage, die er frei auf das Jahr verteilen kann und die im Arbeitsvertrag festgeschrieben werden. Im Gegensatz zu den übrigen Urlaubstagen müssen diese nicht eingereicht und vom Arbeitgeber genehmigt werden.

Für Personen, die in Notfall- und Pflegeberufen tätig sind (Feuerwehrleute, Rettungsdienst, Polizei, Ärzte, Kranken- und Altenpflege etc.), sind Ausnahmeregelungen notwendig, die eine Absicherung des Personalbedarfs gewährleisten."

Dieser Antrag ergänzt den Wahlprogrammantrag "Trennung von Staat und Religion" und konkurriert mit "Mindesturlaub statt gesetzlicher Feiertage (A)".

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	1	9	0
Koblenz	2	8	0
Ludwigshafen	0	4	2
Mainz	3	3	0
Neustadt/Mittelhaardt	1	9	0
Neuwied	-	-	-
Trier	1	6	1
Worms	0	5	1
Gesamt	8	44	4

2013.2/009 Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr

Wortlaut

Im Landeswahlprogramm wird hinter dem Kapitel "Flugverkehrsbelastungen minimieren" ein neues Kapitel "Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr" mit dem nachfolgenden Inhalt eingefügt.

Die Piratenpartei fordert die Ausweitung des im Dez.2012 eingeführten lärmabhängigen Trassenpreissystem sowie des Pilot- und Innovationsprogramm "Leiser Güterverkehr" mit folgenden Punkten:

Sofortige Maßnahmen zur Umrüstung aller Güterwaggons mit neuen, lärmindernden Rädern und Bremsen. Dazu sollen Anreize geschaffen werden über:

1. die Finanzierung mittels günstiger Kredite, die für einen bestimmten Zeitraum zins- und tilgungsfrei sind.
2. Sonderabschreibungen, die günstiger sind je früher die Umrüstung erfolgt.

Für diese Umrüstung muss ein genauer Zeitstrahl bezogen auf die verschiedenen Rollmaterialien erstellt werden.

3. Alle lauten Güterwaggons, ob privat, staatlich oder ausländisch müssen ab sofort mit einer monatlichen Lärmpauschale belegt werden, die jedes Jahr höher wird.

Festlegung von Grenz- und Alarmwerten in der Bundesimmissionsschutzverordnung. Diese sollen nach Empfindlichkeitsstufen gestaffelt werden und auch bei Klagen Rechtskraft besitzen.

Die Piratenpartei fordert weiterhin die sofortige Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zum Bau einer Umgehung von Rhein- und Moseltal. Die Aufnahme dieses Projektes in den Bundesverkehrswegeplan 2015 ist notwendig. Langfristig fordern wir die Entwicklung von neuen, alternativen Transportsystemen, die vorzugsweise unterirdisch angelegt werden.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	5	3	2
Koblenz	10	0	0
Ludwigshafen	3	1	2
Mainz	4	1	1
Neustadt/Mittelhaardt	6	3	1
Neuwied	-	-	-
Trier	2	3	3
Worms	5	1	0
Gesamt	35	12	9

2013.2/010 Wissenschaftlich fundierte Kriminalprävention

Wortlaut

Der Landesparteitag beschließt: Im Wahlprogramm wird im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" hinter dem Abschnitt "Echte Sicherheitspolitik auf Basis von Fakten " ein neuer Abschnitt "Wissenschaftlich fundierte Kriminalpräventionsstrategie" eingefügt mit folgendem Text:

"Um schon den Ursachen von Kriminalität entgegenzuwirken, wollen wir den Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik auf die Förderung von Kriminalpräventionsmaßnahmen und -projekten legen, deren Wirksamkeit - anders als bei Überwachungsmaßnahmen - wissenschaftlich erwiesen ist (z.B. Präventionsprojekte mit Jugendlichen aus sozial gefährdeten Familien). Besonders wichtig ist uns dies bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen dazu, dass Bund und Länder eine gemeinsame Präventionsstrategie entwickeln. Die bisherigen Ministerialzuständigkeiten für Kriminalprävention im Bund wollen wir prüfen und ggf. in einem Ministerium vereinen."

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	1	0
Koblenz	5	5	0
Ludwigshafen	4	0	2
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	9	0	1
Neuwied	-	-	-
Trier	8	0	0
Worms	5	1	0
Gesamt	46	7	3

2013.2/011 Sicherheitsbewusstsein stärken

Wortlaut

Der Landesparteitag beschließt: Im Wahlprogramm wird im Kapitel "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" vor dem Abschnitt "Polizei- und Ordnungsbehördengesetz" ein neuer Abschnitt "Sicherheitsbewusstsein stärken" eingefügt mit folgendem Text:

Die gefühlte Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für unser persönliches Wohlbefinden. Forschungsergebnisse zeigen aber, dass das hohe Maß an Sicherheit in Deutschland oft nicht bekannt ist und dass das Kriminalitätsrisiko oftmals weit überschätzt wird. Wir wollen daher ein Programm zur Stärkung des Sicherheitsbewusstseins und zur sachlichen Information über Kriminalität in Deutschland auflegen, um verzerrten Einschätzungen und Darstellungen der Sicherheitslage entgegen zu wirken.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	1	0
Koblenz	6	4	0
Ludwigshafen	3	0	3
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	8	1	1
Neuwied	-	-	-
Trier	4	2	2
Worms	5	1	0
Gesamt	41	9	6

2013.2/012 5-Prozent-Hürde halbieren

Wortlaut

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Sperrklausel

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz strebt an, die Sperrklausel bei Landtagswahlen auf 2,5% zu halbieren, und damit wenigstens teilweise dem Umstand zu begegnen, dass ansonsten Tausende von Wählerstimmen wirkungslos bleiben könnten. Gerade heutzutage, wo wir eine feinere Gliederung des Parteiensystems erleben, ist die 5%-Hürde ein zu starker Eingriff in die Gleichheit und Fairness der Wahl. Eine 2,5%-Hürde erscheint hoch genug, um eine Zersplitterung des Landtages zu verhindern, aber niedrig genug, um taktische Wahlentscheidungen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis: **angenommen**

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	6	2	2
Koblenz	8	2	0
Ludwigshafen	3	2	1
Mainz	2	2	2
Neustadt/Mittelhaardt	6	3	1
Neuwied	-	-	-
Trier	6	1	1
Worms	3	2	1
Gesamt	34	14	8

2013.2/013 Briefwahl auf ein notwendiges Minimum reduzieren

Wortlaut

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Wie vom Bundesverfassungsgericht bereits 1981 festgestellt wurde, ist die Möglichkeit der Briefwahl problematisch im Hinblick auf die Grundsätze der freien und geheimen Wahl. Zum damaligen Zeitpunkt wurden jedoch Briefwahlunterlagen nur in begründeten Fällen ausgestellt, so dass das Gericht trotz dieser Bedenken die Briefwahl als Möglichkeit der Beteiligung ansonsten verhinderter Wähler akzeptierte. Mittlerweile ist die Anzahl der Briefwähler jedoch kontinuierlich gestiegen und stellt aus Sicht der Piratenpartei ein Problem dar.

Die Piratenpartei möchte daher die Möglichkeit der Briefwahl wieder auf ein absolut notwendiges Minimum beschränken, bspw. auf Wählerinnen und Wähler, die sich längerfristig im Ausland aufhalten. Für die Masse der Briefwähler sollen dagegen andere Möglichkeiten der Stimmabgabe geschaffen werden. Mobile Wahllokale, die bereits eingesetzt werden um in kleineren Pflegeeinrichtungen, die über keine eigene Wahlurne verfügen, die Wahlteilnahme zu ermöglichen, sollen zukünftig auch einzeln im eigenen Zuhause gepflegte Personen mit einbeziehen. Für Personen, die sich am Wahltag nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten oder anderweitig verhindert sind, soll es ermöglicht werden, unter kontrollierten Bedingungen vor dem eigentlichen Wahltermin an ausgewiesenen Orten zu wählen.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	6	3	1
Koblenz	4	6	0
Ludwigshafen	3	2	1
Mainz	3	2	1
Neustadt/Mittelhaardt	3	6	1
Neuwied	-	-	-
Trier	6	2	0
Worms	4	1	1
Gesamt	29	22	5

Sonstige Anträge

2013.2/014 Bugfix für SDMV-Geschäftsordnung

Wortlaut

An der Geschäftsordnung zur SDMV werden folgende Änderungen vorgenommen.

- Das Wort "Versammlungsleitung" wird jeweils durch "Abstimmungsleitung" ersetzt.
- In Abschnitt 3 (Urnen) ist die fortlaufenden Nummerierung zu korrigieren.
- Absatz 3.2 (3) wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis: angenommen

Urne	Ja	Nein	Enthaltung
Kaiserslautern	9	0	1
Koblenz	10	0	0
Ludwigshafen	5	0	1
Mainz	6	0	0
Neustadt/Mittelhaardt	8	1	1
Neuwied	-	-	-
Trier	7	0	1
Worms	6	0	0
Gesamt	51	1	4

Anhang

Abstimmungsbeteiligung

Urne	akkreditiert	abgestimmt	Beteiligung
Kaiserslautern	14	10	71 %
Koblenz	17	10	59 %
Ludwigshafen	13	6	46 %
Mainz	15	6	40 %
Neustadt/Mittelhaardt	13	10	77 %
Neuwied	9	4	44 %
Trier	14	8	57 %
Worms	6	6	100 %
Gesamt	101	60	59 %

Die Urne Neuwied wurde nicht gezählt, da weniger als 5 stimmberechtigte Piraten abgestimmt haben.